

Hintergründe der Zonenflucht

Vertriebenenministerium untersucht die Gründe des Flüchtlingsstroms

Berlin (Eigenbericht). Die Bevölkerungskreise vor allem, die in der Wirtschaft oder im kulturellen Leben verantwortungsvoll tätig gewesen seien, hätten sich jetzt zum Verlassen der Sowjetzone veranlaßt gesehen. Dies stellte das Bonner Vertriebenenministerium in einer Untersuchung fest. So habe auch im August die Zahl der geflüchteten Angehörigen der noch selbständigen Gewerbetreibenden und des Handwerks zugenommen. Seit dem V. Parteitag der SED und mit der Aufhebung der Lebensmittelrationierung sei der selbständige Mittelstand durch Benachteiligung in der Warenbelieferung, durch willkürliche Preisherabsetzung und steuerliche Mehrbelastung an den Rand des Ruins gebracht worden.

Die verstärkte Fluchtbewegung der Wissenschaftler, Lehrer, Ärzte und Ingenieure erkläre sich aus der Aufhebung gewisser „Privilegien“, die dieser Personenkreis nach den Feststellungen des Vertriebenenministeriums bis vor kurzem noch gehabt habe. Jetzt sei die unbehinderte Zulassung der Kinder dieser Familien zum Oberschul- und Hochschulbesuch und die Erleichterungen bei Reisegenehmigungen weggefallen. Auch machten Ärzte Gewissenskonflikte für ihre Flucht geltend, weil sie gezwungen würden, bei der Verschreibung

hochwertiger und teurer Medikamente nunmehr auch die politische Haltung des Patienten zu berücksichtigen. Desgleichen hätten die 2393 Lehrer, die vom Januar bis August aus der sogenannten DDR geflüchtet wären, sich fast ausnahmslos auf den politischen Zwang berufen, der immer mehr auf sie ausgeübt würde. Der Unterricht dürfe nur noch auf der Grundlage der materialistischen Weltanschauung erteilt, der Atheismus müsse gefördert und die Jugendweihe, verbunden mit dem Kirchnaustritt, propagiert werden.

Gesamtdeutsches Ministerium stellt richtig

In einem Rundfunkkommentar setzte sich ein Sprecher des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen mit der SED-Propaganda der letzten Tage auseinander. Diese Propaganda habe zum Ziel, die ungeheure Blamage zu verdecken, die der ständige Flüchtlingsstrom aus Mitteldeutschland dem Ansehen des SED-Regimes in der gesamten Welt zugefügt habe. Dabei bediene sich die SED entstellender Behauptungen, zum Beispiel der Mitteilung, daß von 1955 bis 1957 224 000 Deutsche aus der Bundesrepublik in die Sowjetzone „geflüchtet“ seien. Diese Zahl sei falsch. Es handele sich um 148 000 Menschen,

die nicht geflüchtet, sondern ganz normal umgezogen wären, von denen aber viele Tausende bereits wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt wären.

Mit einer weiteren Fälschmeldung, daß angeblich am 1. September der Reiseverkehr von Westdeutschland nach der Zone durch Personal- und Gepäckkontrollen erschwert werde, solle offenbar Verwirrung in die mitteldeutsche Bevölkerung getragen werden. Tatsächlich sei der Reiseverkehr in keiner Weise beschränkt, „da wir uns über jeden westdeutschen Bewohner freuen, der ungehindert Verwandte und Bekannte in Mitteldeutschland besuchen kann“.

Auch die Veröffentlichung ganzer Namenlisten von angeblich beim Betreten der Bundesrepublik Verhafteten sei unrichtig. Allerdings würden Personen, „die mit Sicherheit ihre Fahrkarte nicht selbst bezahlt haben, sondern im Auftrage der SED oder des FDGB politische Missionen in der Bundesrepublik durchführen sollten“, genau überprüft.

Note als Ablenkung

Bonn (Eigenbericht). Als „Ablenkungsmanöver“ bezeichnete ein Sprecher des gesamtdeutschen Ministeriums die Note der Sowjetzonenregierung, in der Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag vorgeschlagen worden sind. Ein Friedensvertrag könne nur mit einer aus freien, gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangenen Regierung abgeschlossen werden.

Es werde kaum möglich sein, sagte der Sprecher, in der von Ostberlin vorgeschlagenen gesamtdeutschen Kommission einen gemeinsamen Standpunkt zu finden. Andere innerdeutsche Fragen könnten bei gutem Willen auch ohne die Kommission gelöst werden. Vor allem der Reiseverkehr könnte durch einseitige Anordnung der Ostberliner Regierung normalisiert werden, weil die Bundesregierung längst alle Beschränkungen aufgehoben habe.

SPD: Hintergrund prüfen

Ein Sprecher des SPD-Vorstandes wies darauf hin, daß in der Note seit langer Zeit zum erstenmal wieder die vier Mächte im Zusammenhang mit der deutschen Frage erwähnt werden. Es sei Aufgabe der Bundesregierung, auf diplomatischem Wege zu klären, ob es sich um einen neuen Schritt auf Ersuchen Moskaus handelt,

Was jetzt vordringlich wird

K. W. B. Wer uns vor zehn Jahren gesagt hätte, daß in den Septembertagen von 1958 Berlin als die Schleuse zur Freiheit wieder in aller Welt Aufmerksamkeit beanspruchen würde, dem hätten wir wohl ungläubig zugehört. Zehn Jahre seit jenem 6. September 1948, an dem mit sichtbarer und demonstrativer Hilfe der Sowjets das frei gewählte Gesamtberliner Parlament aus dem Stadthaus in der Parochialstraße gewaltsam vertrieben wurde — und zehn Jahre auch seit jenem heißglühenden 9. September 1948, an dem 300 000 Berliner am Brandenburger Tor sich demonstrativ zur Freiheit bekannten —, zehn Jahre danach fordern wir wieder die Völker der Welt auf, sich diejenigen anzuschauen, die in diesen Tagen und Wochen den heimlichen und gefährlichen Weg in die Freiheit durch Berlin und seine Flüchtlingslager gehen. Vor zehn Jahren spalteten die sowjetisch gelenkten Kommunisten die Stadt, weil sie die freien Wahlen für Berlin nicht haben wollten.

Nach einem Jahrzehnt solcher Politik, die die freien Wahlen, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und die freie Entscheidung des Gewissens immer mehr einengte, stehen wir jetzt vor einer entscheidenden Einsicht: Die gewaltsame staatliche Trennung hat trotz der langen Jahre der Gewöhnung das Verlangen nach dem Leben in Freiheit nicht erdrosselt. Die Fluchtbewegung unserer Tage hat zu den vielen Erfahrungen dieses Jahrzehnts einen wesentlichen neuen Zug gefügt. Auch die scheinbare materielle Sicherung und die kleinen wirtschaftlichen Aufbesserungen in der Zone haben nicht zu einem Frieden ihrer Menschen mit dem System geführt. In der Kette der drei Millionen Menschen, die in diesen Jahren den dornenvollen Weg der Flucht gegangen sind, mögen auch Zehntausende sein, die auf unserer Seite lediglich das „bessere Leben“ suchten. Nun aber sollte man endlich zur Grundlage politischen Nachdenkens und politischer Ent-

scheidungen die Tatsache nehmen, daß heute gerade in den Flüchtlingslagern viele Menschen aus den Berufen zu finden sind, denen das Regime materiell wohltat.

*

Die Sowjets haben in den ersten Nachkriegsjahren zunächst eine Zuneigung der deutschen Bevölkerung auf demokratischem Wege für sich erhofft. Als sie sehr bald spüren mußten, daß nach 1948 der zweite Versuch, Deutschland zu sowjetisieren, mit dem Stimmzettel nicht möglich war, glaubten sie, mit ihren Machtmitteln die Sowjetisierung erzwingen zu müssen. Sie hatten dabei Erwartungen auf eine allmähliche Einsicht derer gesetzt, die ihren Methoden ausgeliefert waren. Mit der Berliner Blockade versuchten sie die ständige Trennungslinie zwischen der Gewalt und der Demokratie zu erzwingen. Als sie im Zusammenprall mit ihren ehemaligen Verbündeten hier 1949 schließlich einen Schritt zurückwichen, unterließen sie es, die Erfahrung dieser Stunden auch auf die Zone anzuwenden, die sie besetzt hielten. Der Ausbau der sowjetisch besetzten Zone zum undemokratischen Modell eines sowjetischen Satellitenstaates hat der Sowjetunion den geschichtlichen Ruf eingebracht, die größte Fluchtbewegung der neuen Geschichte verschuldet zu haben. Ihre SED-Organen zogen aus dieser Bewegung der Menschen nicht die Folgerung, diese Menschen durch freie Willensentscheidung an ihren Lebens- und Wohnort zu binden; durch das sogenannte Paßgesetz errichteten sie statt dessen mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen mitten im Volke eine Sperrmauer von unübersteigbarer Höhe. Wenn nun trotzdem und nach der Aufhebung der Rationierung, aber auch nach der Verpflichtung zum kommunistischen Leben in Staat, Schule und Elternhaus in der letzten Woche der Strom der Flüchtlinge wieder mächtig zu uns herüberquillt, wird nunmehr ein neues Kapitel einer zehnjährigen Leidensgeschichte aufgeschlagen. Die Menschen, die jetzt kommen, entziehen nicht Unzulänglichkeiten und sozialen und wirtschaftlichen Nöten, sondern sie fliehen, zehn Jahre nach

allem Zusehen und vielleicht auch Mitmachen die Sowjetisierung des Staates.

*

Das geschieht, obwohl in Deutschland und gewiß auch anderswo in der Welt gegenüber dem ewigen Gleichmaß an Sorge und Not, das das Problem der deutschen Teilung schafft, Gleichmütigkeit Platz gegriffen hat. Obwohl sogar manch wohlgemeinter Rat von hier nach drüben geht, sie sollten ausharren, wo und wie immer es ginge, lassen sie hinter sich, was Wert, Besitz und Erinnerung sein mag. Das alles heißt nichts anderes, als das, wie lässig oder leidenschaftlich immer auch auf unserer Seite an der Wiederkehr der Menschen zu uns gearbeitet werden mag, die Menschen in der Zone selbst sich leidenschaftlich und mit dem Einsatz ihrer ganzen Existenz gegen die Sowjetisierung ihrer und unserer Welt wehren.

*

Den Sowjets müßte dies nun als politische Erkenntnis erscheinen. Man müßte sie ihnen auf politisch-diplomatischen Wegen und über alle Möglichkeiten, die unsere Sprache und unsere politischen Methoden zur Verfügung haben, darbieten. „Macht dem grausamen Spiel ein Ende“, hat Ernst Lemmer den Sowjets zugerufen. Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen hat damit die richtige Adresse angesprochen. Es mag tröstlich sein, sich vorzustellen, daß eine Ablösung des SED-Vogts Walter Ulbricht eine Besserung in den Lebensverhältnissen unserer Landsleute in der Zone bringen könnte. Die Geschichte dieses mehr als zehn Jahre dauernden Kampfes um die Freiheit aber beweist, daß es mit den Milderungen und Änderungen des Kurses, mit wirtschaftlichen Aufbesserungen und gewissen Ventilen, die der oder jener kommunistische Revisionsist bringen könnte, nicht getan ist. Vor dem System, das das System des Kremel ist, fliehen unsere Landsleute. Man müßte meinen, daß zehn oder zwölf Jahre so gründlich fehlgeschlagener Versuche, eine 20-Millionen-Bevölkerung von ihrem Selbstbestimmungsrecht zu trennen, die Initiatoren dieser riesigen Unterdrückungsaktion zur Besinnung bringen.

Die Drohung aus Leipzig

DT. Berlin. Heinrich Rau, Pankows Minister für den Sowjetzonenhandel, hat von Leipzig aus, wo er die Herbstmesse eröffnete, gedroht, Westberlin von der Versorgung aus der Bundesrepublik abzuschneiden. In einem Interview hat er die Bundesregierung beschuldigt, sie diskriminiere den innerdeutschen Handel und suche ihn einzuzengen. Besonders beschwerte sich Rau über die angebliche Beschränkung der Zonenlieferungen nach Westdeutschland.

Bereits Ende August hatte Rau in einem Schreiben an den Ausschuß zur Förderung des deutschen Handels Klage darüber geführt, daß die Bundesrepublik die Erteilung von Warenbegleitscheinen für Lieferungen aus Westdeutschland in die Zone eingestellt und eine Art „Wartezimmer“ errichtet habe. Inzwischen ist die von Pankow geforderte restliche Ausschreibung von Stahllieferungen in Höhe von 32,4 Millionen Verrechnungseinheiten (VE) erfolgt. Auch das „Wartezimmer“ für Lieferungen aus dem Unterkonto 6 (verschiedene industrielle Erzeugnisse) ist inzwischen aufgehoben worden. Das Bundeswirtschaftsministerium erteilt wieder laufend Genehmigungen für Warenbegleitscheine.

Aber alles Donnerngrollen von Herrn Rau ändert nichts an der Tatsache, daß die Zone ein erhebliches Debet-Saldo hat. Auf dem Unterkonto 6 entstand schon Ende 1957 ein westdeutsches Guthaben von 60 Millionen VE. Den Vorschlag der Bundesregierung, diese Schulden durch Devisenzahlungen abzutragen, lehnt Pankow ab. Es mag sein, daß die Devisendecke der Sowjetzone zu knapp ist, die ständigen Westmark-Einnahmen z. B. aus dem Straßen- und Wasserzoll verwendet man anscheinend lieber zu kommunistischen Propagandazwecken in Westdeutschland.

Im übrigen bewegt sich der Interzonenhandel in normalen Bahnen. Die Lieferungen in die Zone haben in diesem Jahr sogar bereits um 150 Millionen VE zugenommen. Die Drohungen Raus sind also in jeder Weise unbegründet. Während er

sie in früheren Jahren in seiner offiziellen Eröffnungsansprache zur Leipziger Messe anbrachte, hat er diesmal die ihm offensichtlich dramatischer erscheinende Form eines Interviews gewählt, um in Bonn und in Westberlin einen Schock auszulösen. Die ersten offiziellen Stellungnahmen lassen bereits erkennen, daß der Pankower Minister die von ihm erhoffte Wirkung nicht erzielt hat.

Westberliner Stellungnahme

Der Regierende Bürgermeister Brandt stellte fest, Berlin werde sich durch „jeder Grundlage entbehrende Drohungen“ in seiner politischen Haltung nicht im geringsten beeinflussen lassen. Die von Rau gegebene Darstellung des innerdeutschen Handels und der Versorgung Berlins entspreche in keiner Weise den Tatsachen.

In einer weiteren Erklärung

Zwischen Bonn und Moskau

W. Bonn. Die Bilanz der ersten drei Jahre deutsch-sowjetischer Beziehungen bietet kein freundliches Bild. Seit Adenauer am 9. September 1955 der Einladung der Sowjetregierung nach Moskau gefolgt ist, ist auf der Habenseite wenig zu verbuchen gewesen, und auf der Sollseite ist das große Problem der deutschen Einheit unverrückbar stehengeblieben. Da von Moskau aus gesehen die Abschlußrechnung dieser drei Jahre nicht viel günstiger ausfallen kann, herrscht auf beiden Seiten stiller Verdruß, der sich von Zeit zu Zeit in unfreundlichen Briefen und noch unfreundlicheren Reden Luft macht.

Als der Bundeskanzler im September 1955 in Moskau verhandelte, war eine kleine Minderheit seiner Begleitung gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, sie reichte immerhin von Bundesaußenminister von Brentano bis zu dem sozialdemokratischen Vizepräsidenten Professor Carlo Schmid. Nach Bonn zurückgekehrt, verließ sich diese Opposition rasch, wozu in erster Linie der Umstand beitrug, daß die Sowjets in ihrer kalten Menschenverachtung von dem Botschafter-Austausch die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen abhängig gemacht hatten. Die Hoffnung, daß die Botschafter zu einer besseren Verständigung beitragen und allmählich den Weg zur Lösung des deutschen Kernproblems, der Wiedervereinigung, bereiten könnten, hat bisher getrogen. Im Gegenteil,

teilte Wirtschaftssenator Hertz mit, die Behauptungen, daß die Bundesregierung eine Einschränkung der Bezüge im Interzonenhandel vorgenommen habe oder beabsichtige, seien falsch. Die Bundesregierung und Westberlin seien an einer Ausweitung des Interzonenhandels interessiert. Dies würden, fuhr Hertz fort, auch die bisherigen Ergebnisse im Interzonenhandel des Jahres 1958 beweisen. Das Volumen des Interzonenhandels finde aber seine Grenze an der Lieferfähigkeit marktgängiger Waren der Sowjetzone. Rau verkenne die Funktionen der Marktwirtschaft, wenn er glaube, die Lieferungen der Zone nach Westdeutschland würden durch die Bundesregierung eingengt. In Wirklichkeit sei es so, daß die Abnehmer sowjetzoner Erzeugnisse an diesen nur interessiert seien, wenn sie entsprechenden Absatz fänden. Im übrigen gebe es eine staatliche Lenkung nur in der Sowjetzone,

die Sowjetregierung hat das Ziel, das sie bei der „Normalisierung“ ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik im Auge hatte, mit Rücksichtslosigkeit weiterverfolgt: sie will der Welt suggerieren, daß es zwei deutsche Staaten gebe, und den Anspruch der Bundesrepublik, einziger rechtmäßiger Sprecher Deutschlands zu sein, erschüttern. Durch die Entsendung eines Botschafters nach Moskau, wo schon seit Jahren ein Botschafter der Sowjetzone tätig war, hatte die Bundesregierung selbst den Sowjets zu einem großen Fortschritt in ihrer Politik verholfen. Was wurde dagegen eingehandelt? Gewiß, die Kriegsgefangenen kehrten zurück. Aber die sichere Annahme, daß auch den Zivilgefangenen die Freiheit ge-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

geben werde, erwies sich bald als falsch. Diese zweite Gruppe von Deutschen wurde vom Kremel zu einer neuen Erpressung mißbraucht. Diesmal ertete die Sowjetregierung den Abschluß eines Handelsvertrages.

Auf dem Wege zur Wiedervereinigung sind wir in diesen drei Jahren nicht vorangekommen. Wenn die Sowjets im Herbst 1955 noch ihre Mitverantwortung für die deutsche Einheit anerkannten, so ist sie in letzter Zeit vielfach verleugnet worden. Auf jede erdenkliche Weise demonstriert die sowjetische Führung, daß sie das System von Pankow als Modell eines wiedervereinigten Deutschlands ansieht, und es wird kein Druckmittel gescheut, um den kommunistischen Statthaltern in Ostberlin zu internationaler Anerkennung zu verhelfen.

Über die Frage nach der Schuld an dieser Entwicklung wäre viel zu sagen. Gewiß hat sich auch die Bundesregierung in der Anfangszeit mit ihrer „Politik der Nadelstiche“ nicht eben glücklich verhalten. Aber man darf nicht übersehen, daß es die Sowjetunion war, die im Herbst 1955 die Beziehungen zur Bundesrepublik mit zwei Herausforderungen einleitete: mit der Entsendung Sorins, des Totengräbers der tschechoslowakischen Freiheit, nach Bonn, und mit dem zynischen diplomatischen Rückzug nach der Genfer Konferenz. Von diesen Belastungen hat sich das deutsch-sowjetische Verhältnis bisher nicht erholt. Der Kremel kann sich nicht darüber beklagen, daß man in Bonn seine Politik mit Erbitterung als doppelzünftig bezeichnet. Die Verweigerung freier Wahlen in ganz Deutschland ist schließlich mehr als irgendein politischer Schachzug. Dem arabischen Staatschef Nasser hat Chruschtschow in Moskau wörtlich erklärt: „Wir Kommunisten halten daran fest, daß niemand den Völkern seinen Willen aufzwingen kann. Die Völker selbst können und müssen den Lebensweg festsetzen, den sie für ihre Länder vorziehen.“ Aber den Deutschen verweigert Chruschtschow bis

heute, was er den Arabern zugesteht.

Soviel man auch darüber reden mag — das deutsch-sowjetische Verhältnis krankt in erster Linie daran, daß Moskau dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht bestreitet. Wer geglaubt hatte, die sowjetische Politik werde durch einen Botschafteraustausch beeinflusst, sieht sich enttäuscht; aber in Wirklichkeit hatten nur wenige diese Zuversicht. Um einen von Natur aus expansiven Staat zu einer

grundlegenden Änderung seiner Politik zu veranlassen, bedarf es größerer Ereignisse. Vielleicht, ja hoffentlich ist der anhaltende Drang der Menschen, aus der Zone zu entkommen, jetzt ein solches Ereignis. Und Bonn möchte, an diese Not anknüpfend, die Beziehungen mit Moskau zu Beziehungen mit den vier Mächten verdichten. Die Verantwortung der vier Mächte für die Wiederherstellung der deutschen Einheit schließt die Verantwortung Moskaus dafür ein.

Moskau erinnert an Bismarck

„Politik gutnachbarlicher Beziehungen hat sich bewährt“

W. Bonn (Eigenbericht). Anlässlich des dritten Jahrestages der Moskareise Bundeskanzler Dr. Adenauers erinnert die illustrierte der Sowjetbotschaft „Die Sowjetunion heute“ an die gute Zusammenarbeit zwischen Rußland und Deutschland zur Zeit Bismarcks, Bülow's und der zwanziger Jahre. Der Artikel schlägt die gleichen Töne an, die vor mehr als einem Jahr in der „Rapallo“-Offensive der sowjetischen Botschaft anklangen. Die Politik gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland habe sich „geschichtlich gesehen bewährt“, heißt es. Auch heute

könnte „eine gemeinsame Aktion des sowjetischen und des deutschen Volkes für Frieden und Sicherheit in erheblichem Maße zu einer Milderung der internationalen Spannungen beitragen“.

Politische Kreise in Bonn gaben dazu nur einen kurzen Kommentar: Nichts könnte mehr zur Milderung der internationalen Spannungen und zu einer Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion beitragen als die Beendigung der Unterdrückung in der deutschen Sowjetzone und die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.

USA antworten Pankow nicht

Note eine „Unverschämtheit“ — Freie Wahlen erster Schritt

Washington (ap). Die USA werden die Note der sowjetischen Regierung an die vier Siegermächte, in der Pankow die Bildung einer Vier-Mächte-Kommission zur Ausarbeitung eines gesamtdeutschen Friedensvertrages fordert, nicht beantworten. Der Pressesekretär des amerikanischen Außenministeriums, White, bezeichnete die Note als eine „Unverschämtheit“ und wies darauf hin, daß sie von einem Moskauer Marionetten-Regime verfaßt sei, zu dem die USA keine Beziehungen unterhielten. Bester und tragischster Beweis für den nicht-repräsentativen Charakter dieses Regimes sei der ständige Flüchtlingsstrom aus der Zone in die Bundesrepublik.

White forderte die Sowjetunion erneut auf, freie Wahlen in ihrer Zone zuzulassen, um

die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu ermöglichen. Er unterstrich, daß die Bildung einer deutschen Regierung, die das ganze Volk repräsentiere, der unumgängliche erste Schritt zur Aushandlung eines deutschen Friedensvertrages sei, da nur eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung im Namen des wiedervereinigten deutschen Volkes Maßnahmen ergreifen könne, die auf seiten der anderen Länder Vertrauen erweckten und vom deutschen Volk selbst als gerecht und bindend für die Zukunft betrachtet würden. White teilte in diesem Zusammenhang mit, daß diese Forderungen erst kürzlich von dem amerikanischen Botschafter in Moskau während der Besprechungen über die Tagesordnung für eine Gipfelkonferenz erneuert worden seien.

Jetzt Massenhochzeit in den Betrieben

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in der Zone

B. Berlin (Eigenbericht)

Der Druck auf den Knopf genügte, um in Mitteldeutschland Zehntausende von Arbeitern, Angestellten, Studenten und Hausfrauen auf die Felder zu schicken. Schulen verzögerten den Schulbeginn, Universitäten beginnen später mit den Vorlesungen. Pendelbrigaden fahren von Dorf zu Dorf. Die SED versteht es ausgezeichnet, die gesamte Bevölkerung in Trab zu halten und vom Nachdenken über die tatsächliche Lage abzulenken.

BERNBURG

Die „Flurschwatzer“ auf Feld. Die Angestellten der Kreisverwaltung mußten gemeinsam mit volkseigenen Betrieben Pendelbrigaden bilden und Erntearbeiten verrichten. Jede Minute muß ausgenutzt werden. Die Mähdrescherbesatzungen arbeiten 12 Stunden und länger, auch nachts darf keine Arbeitspause entstehen. Der VEAB Trotha bei Bernburg, ein volkseigener Aufkauf- und Erfassungsbetrieb für Getreide, hielt mitten in der Hauptablieferungszeit politische Versammlungen ab, so daß lange Schlangen von Fahrzeugen entstanden, die Getreide abliefern wollten.

BALLENSTEDT

„Ein paar Worte zur Westflucht“ schrieb der Chefarzt des Tbc-Krankenhauses Ballenstedt. Darin stellt er fest, wie die SED-Zeitung „Freiheit“ berichtet: „Bei uns ist es passiert, daß Ärzte noch am Freitag operiert haben, aber schon am nächsten Tag ihre Kranken im Stich ließen und nach dem Westen gingen. Warum geht es eigentlich so schwer mit den Ärzten. Warum sind gerade sie so schwer für uns zu gewinnen? Das liegt zum Teil an der Berufsausbildung der Ärzte. Ein richtiger Arzt glaubt überhaupt nichts, was er nicht zuvor untersucht hat. Man sollte unseren Ärzten noch mehr Gelegenheit geben als bisher, und man sollte sie auch dazu auffordern, daß sie sich von der Gesundheit, von der Beschaffenheit des Sozialismus überzeugen

können.“ Dazu erklärte ein aus Ballenstedt geflüchteter Arzt: „Wir Ärzte sehen am besten, wie es um den Sozialismus bestellt ist. Wir sprechen mit den Arbeitern, wir kommen in die Wohnungen, und wir sehen die Misere.“

HALLE

Künftige Mieter als Aufbauer. Der Rat der Stadt Halle beschloß, daß beim Wohnungsneubau künftig die späteren Mieter schon beim Baubeginn erfahren sollen, in welchem Haus sich ihre künftige Wohnung befindet, damit sie selbst dort mit Hand anlegen können.

DEUTZEN/Sachsen

Tanzzirkel im Braunkohlenwerk. Im VEB BKW Deutzen begann ein Tanzzirkel für modernen Gesellschaftstanz. Die Arbeit in allen betrieblichen Tanzzirkeln der Zone wurde von einer Arbeitsgemeinschaft der Tanzlehrer beschlossen. Nach einem Programm im — wie es heißt — „DDR-Maßstab“ werden in erster Linie Foxtrott, Langsamer Walzer, Wiener Walzer und Tango gelehrt. Dazu kommen zwei moderne Tänze, Rumba und Blues. Auch alte Tänze, wie Rheinländer und Polka, werden nicht vergessen. Das Ziel der fortschrittlichen Tanzlehrer der Zone ist, das Tanzbild in den Sälen zu verbessern.

LEIPZIG

Massenhochzeiten in Betrieben sind vorgesehen. Die sozialistischen Hochzeiten sollen jetzt jeweils mehrere Paare „erfassen“. Im Reichsbahnausbesserungswerk „Einheit“ wurden bereits zwei Paare zur gleichen Zeit getraut. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt darüber: „Aufgeregt nahmen die vier am Tisch Platz, hinter dem auch der Beauftragte für das Personalstandswesen, der Betriebsleiter und der Parteisekretär saßen. Klar und hell klingend viermal das „Ja“ durch den Raum. Dieses „Ja“ ist die Bejahung der sozialistischen Zukunft. In einer Nachlese in der gleichen Zeitung wird der 78. Deutsche Katholikentag in Westberlin als eine Wallfahrt

der Revanche bezeichnet und stark verunglimpft.

Als „Gerüchtemacher“ wurden vom Rat des Kreises Personen bezeichnet, die von einem Umtausch der Personalausweise zwecks Unterbindung der Berlin-Reisen sprechen. An eine Einschränkung des freien Reiseverkehrs nach Berlin sei nicht gedacht, denn man könne die Hauptstadt der DDR nicht von der DDR trennen. In letzter Zeit haben viele Bürger Leipzigs ihren Personalausweis abgeben müssen und dafür eine Personalbescheinigung erhalten mit der Aufschrift: „Nicht gültig für Reisen nach Berlin.“ Das zulässige Rechtsmittel gegen diesen Ausweisentzug, die Beschwerde beim Rat des Kreises und beim Rat des Bezirks, blieben ohne Erfolg.

RADEBERG

Die Fernsehgeräte sind zu schlecht. Die VEB Rafena Werke, vormals Sachsenwerk Radeberg, beklagen sich über die schlechte Qualität der Produktion. In der Betriebszeitung „Der Bildschirm“ Nr. 31 heißt es wörtlich: „Die große Nachfrage nach Fernsehempfängern auf dem Binnenmarkt wird auch in den nächsten Jahren trotz der Erweiterung der Produktion nicht in vollem Umfang befriedigt werden können. Es ist kein Geheimnis, sondern allen unseren Ingenieuren, Technikern und Kollegen bekannt, daß unsere Fernsehempfänger nicht den Ansprüchen auf dem internationalen Markt genügen, das trifft insbesondere auf den kapitalistischen Markt zu.“

Tunesien in Arabischer Liga

Tunis (ap). Die tunesische Regierung hat beschlossen, der Arabischen Liga beizutreten. Das tunesische Außenministerium wurde von Staatspräsident Bourghiba angewiesen, die nötigen Schritte zur Aufnahme des Landes in die Liga einzuleiten. Einen gleichartigen Beschluß hatte vor einigen Tagen auch Marokko gefaßt.

Erste Sonderflugzeuge aus Berlin gestartet

SED-Kampagne gegen Lemmer — Wissenschaftler-Flucht hält an

Berlin (ap/dpa). Die ersten Sondermaschinen, die zum Abbau des Flüchtlingsstaus in Berlin eingesetzt werden, sind am Wochenende mit jeweils 60 Menschen nach Westdeutschland gestartet. Die Flüchtlinge werden zunächst in die Auffanglager des Bundesgebiets gebracht, wo für einen Teil von ihnen auch das Notaufnahmeverfahren nachgeholt wird. Nach Mitteilung der Flüchtlingsstellen haben die Bundesländer ihre Aufnahmequoten inzwischen zügig aus den Lagern abgerufen und sich zum Teil bereit erklärt, eine zusätzliche Anzahl von Flüchtlingen aufzunehmen.

Der Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät an der Universität Halle, Prof. Dr. Walther Hoffmann, ist nach einer Meldung des Informationsbüros West nach Westberlin geflüchtet. Ihm war bereits vor längerer Zeit eine Berufung an das Erwin-Baur-Institut für Pflanzenzüchtung in Westberlin angeboten worden, doch hatten die zuständigen Stellen der Zone sein Entpflichtungsgesuch abgelehnt. In den letzten Tagen meldeten sich in Westberlin ferner der Dozent für Körpererziehung der Universität Greifswald, Dr. Dues, der wissenschaftliche Mitarbeiter des Pädagogischen Zentralinstituts, Franz Schürz, und der Redakteur im Verlag „Neues Leben“, Horst Zander.

Pankow weiß von nichts

Die kommunistische Presse im sowjetisch besetzten Gebiet setzt inzwischen ihre Propagandakampagne zur Ablenkung von der Fluchtbewegung fort. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ erklärte unter Berufung auf Staatssekretär Dr. Nahn vom Bundesvertriebenenministerium, die Republikflucht aus der „DDR“ habe nicht zugenommen, sondern sei im Gegenteil zurückgegangen. Diese Tatsache zu melden, sei der westlichen Presse jedoch vom „Amt für psychologische Kriegführung“ untersagt worden, dessen Chef, „der vor Menschlichkeit tiefende Herr Lemmer“, die Menschen aus ihrer Heimat reiße, sich propagandistisch an ihrem Schicksal weide und sie nach Gebrauch fortwerfe.

Scharfe Entgegnung aus Bonn

Zu den Vorwürfen der kommunistischen Presse gegen

Bundesminister Lemmer stellt das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen in einer Erklärung fest, die Behauptung, Lemmer wolle eine Flüchtlingspanik hervorrufen, sei unwahr. Der Minister sei im Gegenteil äußerst besorgt über die allgemeine Situation in Mitteldeutschland, über den stärker gewordenen Flüchtlingsstrom nach Berlin sowie über den Versuch Pankows, die Begegnungen deutscher Menschen zu verhindern. Alle Meldungen über angebliche Unstimmigkeiten zwischen ihm

und Staatssekretär Dr. Nahn seien völlig frei erfunden.

Lemmer über Berliner Presse

Auf die besondere Bedeutung der Westberliner Presse für die Wiedervereinigung hat der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, in der Kongreßhalle hingewiesen. Lemmer, der vor der Jahreshauptversammlung des Verbandes Deutscher Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Grossisten sprach, betonte nachdrücklich, daß die Westberliner Presse entgegen kommunistischen Behauptungen von keiner Seite irgendeine Anweisung erhalte. Sie stehe mitten im west-östlichen Spannungsfeld. In ihrem Inhalt spiegele sich die tapfere Haltung der Bevölkerung einer Stadt wider, in der sich das Schicksal des Kontinents — „ohne Überheblichkeit“ — entscheiden werde.

Neuer Tiefstand der Arbeitslosigkeit

Mehr offene Stellen — Günstige Entwicklung in Berlin

Nürnberg/Berlin (ap/dpa). Die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet und in Westberlin ist im Monat August erneut zurückgegangen und hat ihren tiefsten Stand seit der Währungsreform im Jahre 1948 erreicht. Im Bundesgebiet sank die Arbeitslosenziffer um 23 530 auf 332 609. Die Arbeitslosenquote beträgt damit nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1,7 Prozent. Nach Ansicht der Bundesanstalt ist die Arbeitslosenziffer in Wirklichkeit jedoch noch geringer, da in der Zahl von 332 609 auch die sogenannten Arbeitsplatzwechsler enthalten sind, also Personen, die am Stichtag ihren Arbeitsplatz wechselten.

Gleichzeitig mit der Verminderung der Arbeitslosenziffer hat die Zahl der offenen Stellen ihren höchsten Stand seit 1948 erreicht. Im Bundesgebiet sind zur Zeit 259 339 Arbeitsplätze unbesetzt, vor allem in der Bauwirtschaft, der metallverarbeitenden Industrie

und der Landwirtschaft. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird auf die jahreszeitlich bedingte Wirtschaftsentwicklung sowie auf das allgemeine Wachstum der westdeutschen Wirtschaft zurückgeführt.

Die Berliner Erfolgsbilanz

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen ist im August um 5624 (8,5 Prozent) auf ihren bisher tiefsten Stand mit 60 457 zurückgegangen. Sie lag damit um fast 10 Prozent unter dem tiefsten Stand des Vorjahres. Die Entlastung des Arbeitsmarktes wurde bei den Frauen fast ausschließlich durch Einstellungen im Bekleidungsgerber hervorgerufen. Bei den Männern war der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 24 759 Personen u. a. auf den Beschäftigungszuwachs im Bauwesen zurückzuführen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Heuss baut ein Haus

Er will noch ein paar Jahre Ruhe und Bücher schreiben

W. Bonn (Eigenbericht). Wie man auch sonstwo auf der Welt sein Leben einrichtet — für den echten Schwaben sind über Krieg und Wirtschaftswunder hinweg die alten Stationen seines Lebensweges verbindlich geblieben, die er mit dem unwiderstehlichen Charme seiner Nüchternheit bezeichnet als: „Schaffe, Häusle baue, Kinder kriege, verrecke.“ Bei dem einen kommt das „Kinder kriege“ vor dem „Häusle baue“, aber in der Ordnung, die der liebe Gott eigens für seine Schwaben geschaffen hat, darf das Häusle jedenfalls nicht fehlen.

Auch unser Bundespräsident Theodor Heuss unterwirft sich diesem löblichen Regiment. In Stuttgart, hoch am Hang über der Stadt, am Feuerbacher Weg, so wird berichtet, hat dieser Tage der Richtkranz über einem Häusle von sechs Zimmern geschwankt, von dessen leeren Fensterhöhlen man jetzt schon einen Blick über die Stadt werfen kann. Übers Jahr, wenn seine zweite Amtsperiode abläuft, will Professor Heuss dort Einzug halten: ein echter Schwabe, der den Lohn seines kleinen Bausparvertrags am Lebensabend genießen will.

In Bonn ziehen die Auguren

Käufliche Parlamentssitze

Salisbury (Eigenmeldung). 17 Abgeordneten des Bundesparlaments der Föderation der ehemaligen britischen Kolonien Rhodesien und Njassaland ist es gelungen, ihre Parlamentssitze auf Lebenszeit zu erwerben. Die Parlamentarier stellten fest, daß es bedrückend für sie ist, den einmal angestammten Sitz wieder aufzugeben. Noch vor der bevorstehenden Neuwahl hat deshalb das Parlament eine Regelung beschlossen, die es jedem Parlamentarier ermöglicht, für eine Summe von nur 20 Pfund (rund 250 DM) seinen Parlamentssitz auf Lebenszeit zu behalten. Der Sitz mit dem dazugehörigen Schreibpult wird frei Haus geliefert. Unter den 17 Abgeordneten, die von diesem Angebot Gebrauch machten, befand sich auch der Premierminister Sir Roy Welensky,

eine krause Stirn. Bedeutet das, so fragen sie, daß Theodor Heuss am Ende seiner zweiten Amtsperiode unter allen Umständen aufhören will? Will er nichts von einer dritten Amtszeit wissen, von der man seit einigen Monaten in Bonn munkelt? Heuss selbst hat sich bisher in ein Schweigen gehüllt, das ihm ein Jahr vor dem Ablauf seiner Amtszeit wohl ansteht.

Was sollte er auch sagen? Nur, wenn die Politiker aller Schattierungen ihn bafien, das höchste Amt der Bundesrepu-

blik noch einmal für fünf Jahre zu übernehmen, könnte er sich dazu äußern. Das ist bisher nicht geschehen. Und wenn es geschähe — ob den braven Schwaben dann nicht doch sein Häusle in Stuttgart hoch am Hang mehr lockte als die etwas kühle Pracht seiner Villa Hammerschmidt zu Bonn am Rhein? Mehr als einmal hat er seinen Freunden gesagt, er wünsche sich noch ein paar Jahre Ruhe, um unbelastet von offiziellen Pflichten Bücher zu schreiben. Man könnte ihm zutrauen, daß er den Politikern mit schwäbischer Herzhaftigkeit die Frage entgegenhielte, ob er denn unbedingt in Amt und Würden „verrecke“ müsse.

Zwischenfall mit farbigen Ministern

Stehenbleiben an der Straßenecke ist verboten

London (dpa). Mit großer Entrüstung reagierte der Chefminister von Jamaika, Manley, und der stellvertretende Ministerpräsident der Westindischen Föderation, Dr. Lacorbiniere, auf die Aufforderung eines Polizisten, nicht in den Straßen des Londoner Wohnviertels Paddington „herumzulungern“, wo viele Farbige wohnen. Die Minister wollten sich an Ort und Stelle über die Hintergründe der Zusammenstöße zwischen Weißen und Schwarzen in England unterrichten. Anschließend führten sie Besprechungen mit Innenminister Butler.

Die beiden Minister waren mit vier Einwanderern aus Jamaikas an einer Ecke stehen geblieben. Ein „Bobby“ forderte

sie zum Weitergehen auf und war der Ansicht, daß „Herumlungern“ an Straßenecken auch für Minister eines Commonwealth-Landes verboten sei.

Bulgarien stürzte tiefer

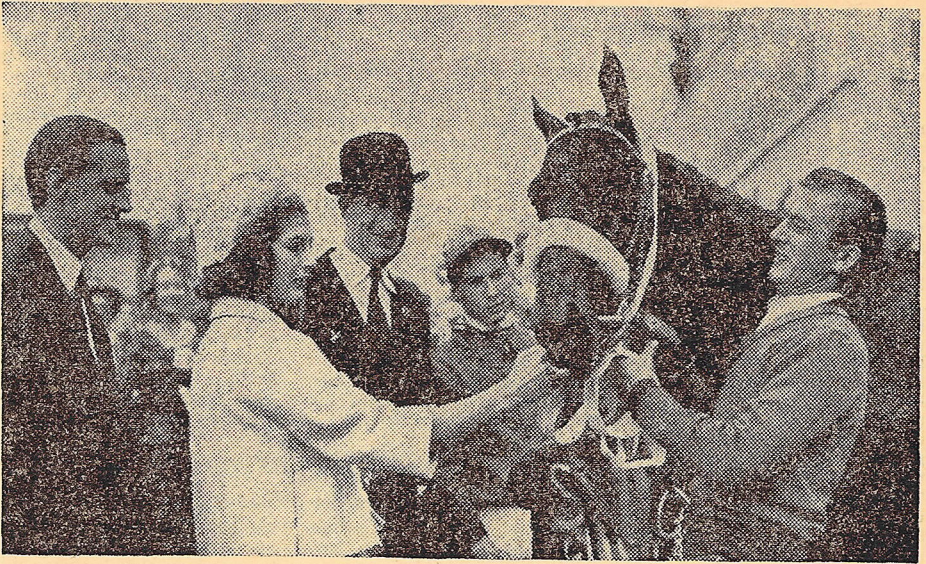
Moskau (ap/dpa). Der ehemalige sowjetische Ministerpräsident Bulganin ist auf Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU nun auch aus dem Präsidium des ZK entfernt worden. Damit hat Bulganin, der im März dieses Jahres als Regierungschef von Chruschtschow abgelöst wurde, seine letzte leitende Position in Regierung und Partei verloren. Er ist gegenwärtig einer der 105 Vorsitzenden der nationalen Wirtschaftsrate.

Kernwaffen-Versuche beendet

Gefahrenzone aufgehoben — USA-Serie erfolgreich

Washington (ap/dpa). Die USA haben ihre diesjährige Kernwaffenversuchsserie im Pazifik beendet. Wie die amerikanische Atomenergiekommission mitteilte, sind die Versuche erfolgreich verlaufen. Die Gefahrenzone im Bereich des Eniwetok-Atolls ist aufgehoben worden. Die amerikanische Versuchsserie im Pazifik hatte Anfang April begonnen. Über die Zahl der erprobten Kernwaffen sind bisher keine Angaben veröffentlicht worden. Vor der von Präsident Eisenhower für den 31. Oktober festgelegten vor-

läufigen Aussetzung der amerikanischen Kernwaffenversuche werden die USA jedoch noch zehn kleinere Atomexplosionen, einige davon unterirdisch, in der Wüste von Nevada auslösen. Auf amerikanischen Vorschlag sollen nach dem 31. Oktober sofort Verhandlungen mit anderen Nationen, die im Besitz von Kernwaffen sind, über eine endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche beginnen. Sowohl die Sowjetunion als auch Großbritannien haben diesem Vorschlag zugestimmt.



BILDER DER WOCHE. Oben: „Orsini“ siegt im Oslo-Cup. Der Erlenhofer gewann unter dem britischen Jockey Lester Piggot in neuer Bahnrekordzeit den 60 000-DM-Preis. Ganz links Baron Heinrich Thyssen mit seiner Gattin und dem Trainer A. von Borcke. — Unten: Auf Urlaub befindet sich Präsident Eisenhower (links) zur Zeit in Newport. Unser Bild zeigt ihn beim Angeln — einen Tag vor seiner Fernost-Konferenz mit Dulles.

